

BUNDESVERBAND NIERE E.V.

Der Bundesverband Niere e.V. empfiehlt allen Mitgliedsvereinen sich nicht öffentlich zum Thema Versandapothekenhandel zu positionieren.

(Beschluss des Vorstands auf der Vorstandssitzung am 4.- 5. Februar 2017, Kassel)

Vorbemerkungen

Das geplante Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Medikamente ist eine strukturpolitische Maßnahme um die Existenz stationärer Apotheken (insbesondere im ländlichen Raum) zu stärken. Darüber hinaus sollen eindeutig protektionistische Marktzugangsbarrieren für ausländische Versender aufgebaut werden, für die die Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente auf dem deutschen Markt nicht gilt. Aus der Sicht des Verbandes der Versandapotheken ist die Versendung von (verschreibungspflichtigen) Arzneimitteln lediglich eine weitere, zusätzliche Vertriebsform. Diese Sichtweise verschleiert die Tendenz, dass sich in Zukunft Oligopole (einige wenige Großversender) herausbilden könnten, die mit ihrer Marktmacht die Versandpreise wiederum beeinflussen werden.

Grundsätzlich ist freier Wettbewerb und die Liberalisierung regulierter Märkte in einem marktwirtschaftlichen System wünschenswert. Trotzdem ist die Liberalisierung des Vertriebs, als letzte Stufe eines, ansonsten hoch regulierten Wertschöpfungsprozesses, kritisch zu sehen, da die freie Preisbildung (auf dem Markt der stationären Apotheken und der Versandapotheken) überwiegend zu Lasten der Apotheker gehen würde. Auf der anderen Seite ist es nicht nachvollziehbar, warum niedergelassene Apotheken per Gesetz geschützt werden sollen und sich darüber dem freien Spiel der Marktkräfte entziehen.

Die Sicht der Politik (derzeit: Große Koalition)

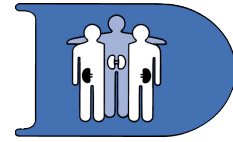
In der politischen Diskussion zwischen den Koalitionspartnern wird das Versandhandelsverbot mit der Abschaffung der Zuzahlung für chronisch kranke Menschen verknüpft. In der Praxis bedeutet dies die Abschaffung der 1%-Regelung (Erlass bzw. Rückerstattung von Zuzahlungen, die 1% der Bruttoeinkünfte übersteigen).

Das bedeutet: weiterhin teure verschreibungspflichtige Arzneimittel für alle Patienten - außer für chronisch Kranke - (teure) Marktregulierung in Verbindung mit (teuren) Ausnahmen beim Bezug verschreibungspflichtiger Medikamente.

Die Positionen des Bundesverbands Niere e.V.

1. Politische Instrumentalisierung wollen wir nicht

Aus verbandspolitischer Perspektive ist eine Positionierung des Patientenselbsthilfenetzwerks Bundesverband Niere e.V. sowie seiner Landesverbände, Vereine und Gruppierungen nicht



BUNDESVERBAND NIERE E.V.

empfehlenswert, da die Gefahr besteht, dass die Gruppe der chronisch nierenkranken Menschen politisch instrumentalisiert wird um Marktzugangsbarrieren und protektionistische Tendenzen zu erhalten. Patienten und Apotheker dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, Apotheker sind unverzichtbare Partner für chronisch nierenkranke Menschen - gerade wegen der Möglichkeit der persönlichen Ansprache.

2. Offenheit für zukünftige Vertriebsformen wollen wir haben

In der öffentlichen Diskussion wird der Eindruck erweckt, Versandhandel und stationäre Apotheke sind die einzigen Vertriebsformen im Arzneimittelhandel und statisch für die Zukunft festgeschrieben.

Es ist zu erwarten, dass sich im Zuge fortschreitender Digitalisierung und Automatisierung sowie in der Etablierung neuer Dienstleistungsangebote wie z.B. Automatenapotheke, Online- und Videoberatung, Lieferservices u.v.a.m., sich Mischformen von Versand- und stationärem Handel entwickeln und die Bedarfe chronisch kranker Menschen weitaus besser bedienen als staatliche Reglementierungen.

Durch eine Positionierung für oder gegen ein Versandhandelsverbot verschließt sich der Verband gegenüber pragmatischen Lösungen, die sich in Zukunft entwickeln werden.

3. Die verantwortliche Mitsprache im gemeinsamen Bundesausschuss ist uns sehr wichtig

Der Bundesverband Niere e.V. ist über die fruchtbare Mitgliedschaft im g-ba, fest in die politische Entscheidungsfindung eingebunden. Die dazugehörige Willensbildung findet in guter Abstimmung aller Patientenvertreter statt. Es besteht die Gefahr, dass dezidiert partikuläre Vorstöße die Glaubwürdigkeit aller Patientenvertreter im g-ba insgesamt unterlaufen. Damit wird unsere Beteiligung und das Gewicht unserer Argumente pauschal geschmälert. Dieser Gefahr wollen wir uns nicht unnötig aussetzen.

Mainz, 8. Februar 2017

Martin Koczor
Bundesgeschäftsführer BN e.V.